

### **WIE GERECHT IST DIE EU?**

Deutschland trägt am Gesamthaushalt von 166 Milliarden 24% bzw. 40 Milliarden Euro (mehr dazu auf S.4). Doch wir stellen nur 16% aller Bürger der EU. Netto stützen nur zehn Staaten 17 Netto-Empfänger. Thematisiert die AfD dies im Landtag, so sehen die anderen Parteien kein Problem und winken Milliarden ohne Diskussion im Plenum durch.

Bei Asylbewerbern stemmen wir 24% aller Kosten und nehmen 43% aller Asylsuchenden auf. Doch wir haben nur 13% der Sitze im EU-Parlament.

**Demokratie** ist die Herrschaft des Volkes über sich selbst. Es gibt aber kein europäisches Volk. Demokratie heißt nicht: ein Volk entscheidet über das andere Volk. Genau das passiert in der EU jedoch. Von den 751 Parlamentariern sind nur 96 Deutsche. Auf die anderen haben wir keinen Einfluss. Trotzdem entscheiden diese darüber, was bei uns gemacht wird. Das ist nicht demokratisch.

Eine europäische Arbeitslosenversicherung bedeutet, dass deutsche Beitragszahler für die verfehlte Wirtschaftspo-

litik der Griechen und Spanier haften. Eine gemeinsame europäische Steuerpolitik heißt, dass auf EU-Ebene mit französischen, spanischen und italienischen Mehrheiten beschlossen wird, wie viel Geld aus Deutschland in diese und andere Länder fließt.

Die AfD kämpft daher für Selbstbestimmung auf allen Ebenen.



- Fahrverbote in unseren Städten: bald auch für Benziner
- Hürden beim Wohnungsbau endlich beseitigen



- 4 Billionen Euro... Lebensleistung einer ganzen Generation weg
- Forderungen der AfD für die Bürger zum Landeshaushalt



- Linksextremismus: Ständig schwere Straftaten gegen AfD-Abgeordnete
- Gute Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge



- Die surreale Welt einer Lehrergewerkschaft...
- Keine Doppelbesteuerungen
- Grüne Gängelung und Repression

iebe Besucher des Mannheimer Maimarkts, liebe Leser,

zunächst möchte ich Ihnen für den Besuch des traditionellen Maimarkts einen angenehmen Tag wünschen. Auf Märkten treffen sich viele Menschen, die auf der Suche nach etwas Neuem sind. Dort tauschen Sie sich miteinander aus, stoßen auf viele Angebote und freuen sich darüber, wenn Sie "das" gefunden haben, was Ihr Herz begehrt. So ist es zurzeit auch in der Politik große "Nachfrage"- viele Wünsche der Bürger und große "Auswahl an Angeboten"- viele Lösungsalternativen.

### Europawahl

Genau vor 40 Jahren (1979) fanden zum ersten Mal direkte Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Seitdem wählen unsere Bürger alle fünf Jahre ihre EU-Abgeordneten - ihre Vertreter für das Europäische Parlament. Am 26. Mai werden alle EU-Bürger zum 9. Mal an den Wahlen teilnehmen. Sie wollen mehr Demokratie: Mehr Transparenz, mehr Selbstbestimmung und mehr Teilhabe an den EU-politischen Entscheidungsprozessen. Letztendlich gestalten nicht die EU-Bürokraten unsere Demokratie, sondern wir Bürger gestalten selbst.

Die AfD steht für ein "Europa der Vaterländer" und nicht für einen "EU-Bundestaat". Wir begrüßen eine europäische Gemeinschaft souveräner Mitgliedstaaten, die in all jenen Angelegenheiten unter Beibehaltung ihrer Souveränität, zusammenwirken sollen. Kein "Superstaat" hat es in unserer Geschichte geschafft, ein "Superstaat" zu bleiben; weder die Sowjetunion noch Jugoslawien. Wir brauchen die Wirtschaftsunion für unseren Wohlstand und die Sicherheitsunion mit Freiheit unserer Bürger. der NATO.

munalwahlen statt. Die AfD tritt zum zweiten Mal zu diesen an. Diesmal werden wir mehr Vertreter in die Parlamente entsenden, um noch mehr Wünsche unserer Bürger berücksichtigen zu können.

Seit drei Jahren vertritt die AfD die Belange der Bürger im Landtag von Baden-Württemberg. Nach wie vor, bewegen uns folgende Themenfelder:

Zum einen, die verfehlte Mobilitätspolitik der Landesregierung.

Mit der Einführung von Fahrverboten hat die Landesregierung gleichzeitig die Automobilindustrie stark beschädigt. Das Managermagazin geht davon aus, dass zukünftig auch Stellen in der Produktion wegfallen. Die Beschäftigten in der Automobilindustrie, sowie bei den Zulieferern, sind beunruhigt aus Sorge vor einem Verlust ihrer Arbeitsplätze.

Die AfD fordert gleiche und faire Behandlung von allen Verkehrsmitteln. Die Luft-Messstationen müssen endlich in den Regelungsdurchschnitt gesetzt werden, weil die bisherigen Messstationen aktuell oft an Extremstellen, an Orten mit viel Stau, liegen.

Die Grundforderung der AfD ist der Erhalt der Automobilindustrie und die Sicherung der Arbeitsplätze in Baden-Württemberg. Aus unserer Sicht sind die überspitzt-freundlichen "Null-Emissions-Autos" der Grünen utopisch, sowie für viele unserer Bürger unbezahlbar. Die AfD sagt: Individuelle Mobilität ist ein Grundrecht und der letzte Pfeiler für die

Am 26. Mai finden auch die Kom- Das zweite Thema ist die verfehlte Flüchtlings- und Asylpolitik.

> Bis heute hat man diese Problematik auf der EU-Ebene nicht gelöst. Es ist höchste Zeit gemeinsam zu agieren und Klartext zu sprechen, die Probleme beim Namen zu nennen und präventive Maßnahmen zu ergreifen.

Hier fordert die AfD die Wiedereinführung der Grenzkontrollen, die wieder zur Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum führen werden. Man kann nur diejenigen "integrieren", die "integrierbar" und "integrationswillig" sind und nicht diejenigen, die "behaupten" sich in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Wir wollen nicht zusehen, wie unsere Gesellschaft zerfällt. Die Einwanderung muss eine klare Grenze haben. Sie muss kontrolliert sein, vor allem vernünftig gestaltet werden. Sie darf uns keinesfalls einengen und dazu führen, dass unsere Bürger durch die Verantwortungslosigkeit der Merkel-Regierung und durch die aufgehäuften Probleme, die mit der unkontrollierten Einwanderung entstanden sind, eingeschüchtert werden. Stattdessen bietet die AfD eine Alternative - wir wollen "Schutzzentren vor Ort" in den Herkunftsländern.

In diesem Kontext gehört das Augenmerk auf das dritte Thema, die fortschreitende Wohnungskrise in unserem Land: "Die Enteignung von Konzernen" ist keine legitime und keine vernünftige Forderung der Grünen, um die Mietpreise zu senken.

Zum einen, ist die Enteignung höchstwahrscheinlich juristisch nicht durchsetzbar. Zum anderen, schafft sie keinen zusätzlichen Wohnraum und



ist damit zur Problemlösung völlig ungeeignet. Der Grund für die Steigerung der Mietpreise ist der mangelnde Wohnraum in unserem Land. Jedoch kann man dieses Problem mit Hilfe von Wohnungsbauprogrammen, Bauvorschriften und Verdichtung in den Innenstädten zeitnah lösen.

"Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet." (Alan Kay)

Am 26. Mai gestalten Sie Ihre Zukunft in der Wahlkabine bei der diesjährigen Europa- und Kommunalwahl.

Stellen Sie sich bitte daher zweimal die Frage: In welchem Europa und welchem Baden-Württemberg möchten Sie leben?

Ich grüße Sie und wünsche Ihnen das Beste!

### Bernd Gögel

Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag BW

## Regierung verkalkuliert sich um einen ganzen Jahreshaushalt!

m 10. April 2019 reichte die Frak-Ation der AfD im Landtag einen Gesetzentwurf zur Einführung der doppelten Buchführung (Doppik) in der Landesverwaltung Baden-Württembergs ein und gab am 11. April eine Landespressekonferenz dazu.

desregierung z.B. bei den Pensionsverpflichtungen mal eben um über 50 Milliarden Euro verrechnet hatte. rastruktur, sowie nötige Reparaturen, kann sie nicht genau abschätzen. Mit der Doppik würde hier Abhilfe geschafft werden.

temberg wird immer noch nach Kameralistik aufgestellt. Dass das nicht genügt, zeigen die zwei Billionen Euro Staatsverschuldung Deutschlands und die 47 Milliarden Euro Schulden in Baden-Württemberg. Deshalb muss

Baden-Württemberg nach fester Über- **Emil Sänze**, AK Finanzen: "*Natürlich* zeugung der AfD in Zukunft mit einer

Dr. Rainer Podeswa, haushaltspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion: "Die Doppik gilt für jeden Mittelständ-Grund dafür ist u.a., dass sich die Lanler in Baden-Württemberg. Ab 2020 gilt die Doppik für jede Kommune in Baden-Württemberg. Das Land Baden-Württemberg zeigt bei jedem Auch den Wertverlust der Landesinf- Anlass mit strengem Finger auf die Doppik, aber wenn es um die Landes-Doppik ging, dann wird lieber auf andere gezeigt.

Die Einführung der doppelten Buch-Der Haushalt des Landes Baden-Würt- führung in Baden-Württemberg ist eine historische Chance. Mit dem Gesetzentwurf zur doppelten Buchführung können wir die strategischen und finanziellen Steuerungsmöglichkeiten des Landes verbessern."

möchte die Landesregierung nichts doppelten Buchführung geführt wer- von der doppelten Buchführung nach HGB hören. Taschenspielertricks wie die implizite Schuldentilgung wären mit unserem Gesetzesentwurf nicht mehr möglich. Dafür reicht die Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung nicht. Die doppelte Buch-

führung ist eine lebendige Schuldenbremse und gehört per Gesetz in die Landeshaushaltsordnung."

Wir sind mit unserem Rechnungswesen ins Hintertreffen geraten. Andere Bundesländer haben bereits seit längerem die doppelte Buchführung eingeführt, und das mit Erfolg.



Pressekonferenz ansehen unter: https://youtu.be/zOt9Ic5bS60

## Fahrverbote in unseren Städten

Die ad hoc Stellungnahme der "Le-opoldina" zu Luftreinhaltung und Verkehr ist nur scheinbar ein Glück Also können Euro-5-Diesel-Fahrer für Dieselfahrer.

Im Zuge von Diesel- Fahrverboten aufgrund von Stickoxiden (NOx), wurde die nationale Akademie der Wissen- Leider nein! schaften "Leopoldina" um eine Stellungnahme gebeten (siehe www.leo- In der rechtlichen Beurteilung wird poldina.org). Der Jubel der Medien, ob der Chance neue Diesel-Fahrverbote zu verhindern, überschlug sich landauf landab. Die darin enthaltenen Aussagen zu NOx bezüglich der Gesundheitsgefahr, entspricht ziemlich genau der von der AfD stets vertretenen Auffassung, dass das NOx -Problem so, wie fälschlich dargestellt, gar keines ist, bzw. sich von selbst durch fortschreitenden Flottentausch löst, und Fahrverbote für Diesel kein wirk- Hackte man wegen den Stickoxiden sames Steuerungselement darstellen. Auch auf die Problematik der Messstationen wird sachkundig eingegangen.

#### Aufatmen für Diesel-Fahrer?

nun aufatmen, wie in den Medien und von der Landesregierung in Stuttgart freudig vor den Wahlen verkündet?

die Erhöhung der Grenzwerte für Stickoxide (NOx) durch die Bundesregierung auf 50 Mikrogramm/m³, als Fall für den Europäischen Gerichtshof bezeichnet, und wohl wie von der AfD schon vorhergesagt, nach den Wahlen kassiert. Die Erhöhung diente nur dem EU-Wahlkampf und ist somit ein weiteres nicht einzuhaltendes Ver- Es ist also jeglicher Verkehr betroffen sprechen der Regierung.

noch auf dem Diesel herum, so wird im Gutachten das Stickoxid (NOx) eher entlastet.



### Jetzt geht es auch den Benzinern an den Kragen!

Im Gutachten wird Feinstaub als Hauptproblem für die Gesundheit angesehen. Nun wird Feinstaub von Motoren praktisch kaum noch emittiert, der Anteil durch den Verkehr entsteht durch Brems- und Reifenabrieb, sowie Aufwirbelungen, oder anders gesagt, überall wo sich etwas mechanisch bewegt (auch Fahrräder) entsteht Feinstaub. So auch im öffentlichen Nahverkehr, wo in U-Bahn Haltestellen schon die 10-fachen Werte einer Hauptverkehrsstraße gemessen wurden.

und kann nach Belieben eingeschränkt werden.

Die Empfehlung der "Leopoldina", die Feinstaub-Grenzwerte der WHO (PM10: 20 Mikrogramm/m<sup>3</sup>, bzw. PM2,5: 10Mikrogramm/m3) zu übernehmen, werden dazu führen, das scheinbar gelöste Feinstaubproblem (keine Grenzwertüberschreitung in Hans Peter Stauch 2018 in Stuttgart!) und damit Fahr- verkehrspolitischer Sprecher verbote wieder neu nach oben zu be- der AfD im Landtag BW fördern.



Diesmal jedoch für alle Fahrzeugtypen! Der geplanten Transformation im Verkehrswesen (siehe auch Gutachten des WBGU auf www.wbgu.de), mit massiver Einschränkung der individuellen Mobilität, steht also nichts mehr im Wege.

Die AfD wird auch hier weiter am Ball bleiben und gegen die unsinnigen Fahrverbote kämpfen.



# Hürden beim Wohnungsbau beseitigen!

Die AfD-Landtagsfraktion bezieht klar gegen Energiesparauflagen und hohe Grunderwerbsteuer Position.

zen Landesregierung ist bekanntlich beendet und in wenigen Bereichen merkt man das so deutlich wie in der Wohnungsbaupolitik.

sprünglich für Anfang 2018 vorgesehen, wird nun aber erst über ein Jahr später in den Landtag eingebracht. Ursächlich für die Verzögerung waren Streitigkeiten um eine Fahrradstellplatz- und Fassadenbegrünungspflicht, also Regelungen, die in der jenseitigen Gedankenwelt der Grünen essentiell für die Zukunft des Planeten, in der realen Welt jedoch schlichtweg massive Kostentreiber für bauwillige Bürger sind.

Dies ist für die angebliche Ökopartei jedoch völlig zweitrangig, und die CDU schluckt diese Kröte wie die meisten soll vollständig erhalten bleiben.

Einzig die AfD steht hier auf der Sei-Der Burgfrieden bei der grün-schwar- te der Bürger, die die Kosten dieser Politik tragen müssen. Wir haben daher bereits im letzten Sommer einen Gesetzentwurf zur Abschaffung dieser beiden Kostentreiber eingebracht. Sehr bezeichnend war hierbei, wie Die Novelle der chronisch überfrach- CDU und auch FDP einmal mehr die teten Landesbauordnung etwa war ur- Parteipolitik über die Belange der Gesellschaft stellten und gegen unseren Gesetzentwurf stimmten.

> Einzig die AfD stimmt im Landtag noch sachorientiert ab!

> Und es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele für die derzeit völlig falschen Prioritäten in der Wohnungsbaupolitik. Ebenfalls im Namen der Klimarettungsideologie werden etwa den Wohnungsbau lähmende Energiesparauflagen geschaffen, und im Landeswohnraumförderprogramm gibt es zusätzliche Förderaufschläge für sogenannte "innovative Bauweisen" wie

anderen auch: die Begrünungspflicht CO2-Neutralität. Dies bedeutet nichts anderes als einen Missbrauch von Steuergeldern für grüne Prestigeprojekte.

### **Unsere Schwerpunkte**

Die AfD legt ihre Schwerpunkte lieber auf die Eigenheimförderung für Familien und die Schaffung sozialen Wohnraums für Geringverdiener. Letztere haben besonders unter der gleichermaßen verfehlten Einwanderungsund Wohnungsbaupolitik der Altparteien zu leiden. Schließlich wurden seit 2015 ähnlich viele Armutszuwanderer nach Deutschland gelassen, wie Hamburg Einwohner hat, ohne jedoch für entsprechenden Wohnraum zu sorgen. Somit gehören die gestiegenen Immobilien- und Mietpreise auch zu den Folgen der Politik der offenen Grenzen.

Als wäre all dies noch nicht lähmend genug, wird übrigens auch noch die Grunderwerbsteuer trotz Rekordeinnahmen seit Jahren zu hoch gehalten. Die AfD-Fraktion brachte bereits mehfach den Antrag ein, diese zu senken.



**Anton Baron** wohnungsbaupolitischer Sprecher der AfD im Landtag BW

**Finanzen** 

### 4 Billionen Euro verdummt... Lebensleistung einer ganzen Generation weg!

Aus der täglichen Berichterstattung über den Brexit drängen sich zwei Gedanken auf. Erstens "die spinnen, die Briten" und zweitens "Großbritannien wird durch den Austritt aus der EU schweren wirtschaftlichen Schaden nehmen". Aber stimmt dieses Bild, welches alle Medien einvernehmlich vor der anstehenden Europawahl suggerieren, wirklich?

### 28,7 Mrd. € gezahlt um 1,2 Mrd. € erhalten

Aktuell berichten die Medien darüber, dass Baden-Württemberg mit Zahlungen aus der EU in Höhe von 1,2 Milliarden Euro im Zeitraum von 2014 bis 2020 ganz besonders profitiert. Nicht genannt wird in der Berichterstattung, dass Deutschland in diesem Zeitraum 191,6 Milliarden Euro an die EU gezahlt hat, von denen ca. 15%, also rund 28,7 Mrd. auf Baden-Württemberg entfallen. Ein gutes Geschäft sieht anders aus...

Das ist allerdings nur die Spitze des Eisbergs. Das vertragswidrige Handeln der EU in der Griechenlandkrise, hier sei nur an die Vertragsbestimmung erinnert, dass kein EU-Land für die Schulden eines anderen EU-Landes einsteht, führte zur **Finanzkrise** und direkt zu Geldtransfers nach Griechenland in Höhe von 263 Milliarden. Euro: der deutsche Anteil daraus beträgt 71 Milliarden.

Ein Klacks im Vergleich zu den Zinsverlusten, welche die Eurorettungspolitik der EZB dem deutschen Sparvermögen, welches sich auf rund 6 Billionen Euro beläuft, bescherte. Seit Beginn der Bankenkrise im Jahr 2009 belaufen sich diese Zinsverluste auf rund 1,8 Billionen Euro; das sind 1.800 Mrd. Euro!

Gleichzeitig stiegen die Target2-Salden Deutschlands auf heute 941 Mrd. Euro. Das sind im Wesentlichen uneintreibbare, unbeglichene Schulden der EU-Länder gegenüber Deutsch-

land. Alleine Italien schuldet Deutschland davon rund 492 Mrd. Euro. Wer glaubt, dass Italien diese Schulden jemals bezahlen wird oder kann, der glaubt auch an den Osterhasen.

Zusammen mit der Migrationskrise, deren Kosten die EU überwiegend auf Deutschland abgeladen hat und die sich nach niedrigsten Schätzungen auf mindestens 700 Mrd. Euro belaufen, der Energiewende zu bisherigen Kosten von mindestens 400 Mrd. Euro und der aus der "Eurorettung" resultierenden Flucht in Sachwerte mit explodierenden, irrealen Immobilienpreisen und Mieten, errechnet sich das vernichtete Vermögen in Deutschland auf über 4 Billionen Euro.

Die Lebensleistung einer ganzen Generation wurde in den letzten 10 Jahren von der Politik verdummt. Darin begründet sich die Forderung der AfD nach einer Reform der EU und der



Konsequenz begründet sich darin auch die Ablehnung aller europäischen Positionspapiere durch die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

### Dr. Rainer Podeswa finanzpolitischer Sprecher der AfD im Landtag BW



## AfD-Forderungen zum Landeshaushalt

andeshaushalt 2019: Die AfD be-Lantragte kostenlose Schülerbeförderung, Grunderwerbsteuersenkung und Erneuerung der Feuerwehr-Fuhrparks. Die Grünen, CDU, SPD und FDP stimmen dagegen.

Dr. Rainer Podeswa ist haushaltspolitischer Sprecher der AfD im Landtag von Baden-Württemberg. Zu den Haushaltsanträgen der AfD sagt er:

"Unser zentrales Ziel ist die Entlastung der Bürger in Baden-Württemberg. Wir stellen für 2019 insgesamt 1,6 Milliarden Euro für die Entlastung der Bürger und die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg bereit. Unser wichtigstes Projekt ist die Senkung der Grunderwerbsteuer von 5% auf 3,5%. Damit würden die Kosten für Immobilien sinken und somit auch die Bürger entlastet."

Ein weiteres wichtiges Projekt für die AfD-Fraktion ist die kostenlose Schülerbeförderung. Es ist ein

Gebot der Bildungschancengleich- ähnlicher Form auf dem Landespar- wurden von den Mehrheitsfraktionen heit, jedem Kind die Beförderung zu ermöglichen. Deswegen setzt sich die AfD-Fraktion für die Finanzierung der kostenlosen Schülerbeförderung für alle Schüler im Land in Höhe von 528 Millionen Euro ein.

Die Altparteien wiesen vorrangig aus politischem Kalkül und ideologischer Borniertheit mit ihrer Stimmenmehrheit alle Änderungsanträge AfD-Landtagsfraktion zurück. Während sich die Abgeordneten der AfD-Fraktion in der namentlichen Abstimmung einstimmig für eine kostenlose Beförderung aller baden-württembergischen Schüler aussprachen, lehnten alle anderen Fraktionen den Antrag der AfD ab.

### CDU stimmt gegen ihre eigenen Parteibeschlüsse

Gleiches gilt für die von der AfD initiierte Senkung der Grunderwerbsteuer von 5,0 auf 3,5%, wie sie in

teitag der baden-württembergischen CDU beschlossen wurde. Ungeachtet nahezu identischer Positionen fand der Antrag der Alternative für Deutschland zur Entlastung der Bürger keine Mehrheit, die Abgeordneten der CDU stimmten also offenkundig gegen ihre eigenen Landesparteitagsbeschlüsse.

### **Keine Smartphones** für die Polizeibeamten

Auch der Antrag der AfD zur stärkeren finanziellen Beteiligung des Landes an der erforderlichen Erneuerung der Fuhrparks der Feuerwehren in Baden-Württemberg erreichte nicht die notwenige Mehrheit. Gemeinsam haben die Fraktionen von Grünen und CDU die von der AfD geforderte Mittelaufstockung für die Feuerwehren abgelehnt und die Fuhrparkerneuerung damit weiter verzögert. Auch zusätzliche Mittel für die Digitalisierung der Polizei, beispielsweise zur Ausstattung mit modernen Smartphones,

abgelehnt.

### Die AfD legt immer eine seriöse Gegenfinanzierung vor

Für die AfD-Fraktion ist finanzielle Seriosität von besonderer Bedeutung. Alle unsere Ausgaben finanzieren wir durch Kürzungen bei ideologischen Projekten der Landesregierung. Besonders im Bereich der Asylkosten gibt die Landesregierung zu viel Geld aus, welches wir als AfD-Fraktion kürzen wiirden.

Allein bei den Asylkosten im Innenministerium hatte die AfD-Fraktion beantragt mehr als 783 Millionen Euro zu streichen. Wir kürzen auch 105 Millionen Euro im Verkehrsministerium, denn Verkehrsminister Hermann finanziert damit Elektrobusse in Stuttgart, in denen im Schnitt 7 Menschen fahren.

## Ständig schwere Straftaten gegen AfD-Abgeordnete

Die Serie von Anschlägen gegen AfD-Politiker hat einen neuen Höhepunkt in Baden-Württemberg erreicht. Im März 2019 wurde wieder eine Abgeordnete, diesmal Carola Wolle (Wahlkreis Neckarsulm), Opfer eines Anschlags von Linksextremisten.

"Der Anschlag verursachte einen Sachschaden von ca. 27.000 Euro", so Wolle. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. Aus Sicherheitskreisen war zu erfahren, dass der Anschlag durch den Versuch in die Wohnung Wolles einzudringen, eine neue "Qualität der Gewalt" darstellt. Durch die Tritte der anonym agierenden Täter gegen die Haustür zersprang die Glasfüllung. Lediglich Sicherheitsvorkehrungen konnten Schlimmeres verhindern.

Über ein im Hof geparktes Auto wurde rote Lackfarbe gekippt. Die herablaufende Farbe lief auch in den Motorraum und an allen Seiten herunter, sodass am Fahrzeug ein Totalschaden entstanden ist. Auch die Pflastersteine rund um das Fahrzeug wurden in Mitleidenschaft gezogen. Auf die Hauswand sprühten die Täter mit großen Buchstaben "AFD angreifen"!

Für Carola Wolle ist mit Blick auf ein Bekennerschreiben klar:

"Der linke Terror handelt aus einer zutiefst demokratie- und menschenverachtenden Haltung. Ich lasse mich aber nicht einschüchtern und stehe weiterhin zu meinem politischen Engagement!"

Sie forderte die Landesregierung nachdrücklich auf, Konsequenzen zu ziehen und die Sicherheitsorgane unmissverständlich mit deutlichen Worten öffentlich im Kampf gegen den Linksextremismus zu unterstützen. Der Rechtsstaat müsse Linksextremisten klar machen, dass nicht sie zu bestimmen hätten, wer demokratische Rechte wahrnehmen und sich politisch engagieren dürfe. Hier dürfe sich die Landesregierung nicht länger wegducken. Sonst könnte der Eindruck entstehen, sie begrüße im Stillen die Bekämpfung der Opposition mit undemokratischen Mitteln.





# Gute Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge!

Unter einer guten Gesundheitsversorgung versteht die Alternative für Deutschland eine flächendeckende Versorgung mit Haus- und Fachärzten, wohnortnahe Krankenhäuser und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten des Gesundheitswesens.

Tatsächlich erleben wir jedoch den In den-Württemberg geschlossen. Die Landesregierung hat diesem Trend nichts entgegenzusetzen oder trägt, oft aus finanziellem Interesse, durch eine entsprechende Gesetzgebung wesentlich zu dieser Fehlentwicklung bei.

Für uns stehen jedoch die vielen fleißigen Menschen in Baden-Württemberg im Mittelpunkt. Nur sie machen unser Land so stark und deshalb muß eine möglichst lückenlose und gute Gesundheitsversorgung selbstverständlich sein.

Viele Menschen haben Angst, im Als AfD-Fraktion unterstützen wir Krankenhaus unzureichend behandelt zu werden, im Alter in einer Pflegeeinrichtung leben zu müssen oder dass die Pflegekosten die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel weit übersteigen. Die Probleme in der Pflege sind seit Jahren bekannt.

deutschen Krankenhäusern Rückbau der gewohnten Struktu- herrscht akuter Personalmangel. Unren. In den letzten zehn Jahren wur- ter den dramatischen Folgen leiden den 16 Krankenhäuser allein in Ba- Patienten wie Krankenpfleger. Durch unsere geplante Entbürokratisierung und die Aufstockung des Personals stellen wir sicher, dass künftig mehr Zeit für Pflegende zur Verfügung steht.

> Wertschätzung für die Gesundheitsberufe zeigt sich jedoch auch an dem Einkommen, welches die Gesellschaft bereit ist, für fordernde und der Allgemeinheit zukommende Tätigkeiten zu tragen. Durch ein höheres Einkommen steigt die Attraktivität und damit auch die gesellschaftliche Anerkennung dieser Berufe.

selbstverständlich auch die Spezialkliniken, legen aber das Hauptaugenmerk darauf, dass wohnortnahe Krankenhäuser für die Grundversorgung aus sozialen und vor allem rettungsdienstlichen Gesichtspunkten erhalten bleiben. Die Landesregierung spielt mit dem Leben und der Gesundheit der Menschen in unserem Land, wenn sie wichtige Akutabteilungen oder gar Akutkliniken aus Rationalisierungsgründen schließt.

Wir wollen außerdem sicherstellen, dass ein wohnortnaher Kontakt durch die Angehörigen von stationär zu behandelnden Patienten bestehen bleibt, weil eine fürsorgliche und familiäre Betreuung für die Genesung von hoher Bedeutung ist.

Gesundheit darf keine Ware sein. Die AfD fordert daher einen grundlegenden Wandel in der Gesundheitspolitik. Erstes Ziel muss die Einstellung von zusätzlichen Pflegekräften in den



Krankenhäusern, sowie eine ausrei-Krankenhausfinanzierung chende sein.

**Dr. Christina Baum** gesundheitspolitische Sprecherin der AfD im Landtag BW

6 Bildung

## Die surreale Welt einer Lehrergewerkschaft

Im behüteten Beamtenstatus, bei sicherer Tätigkeit und guter Bezahlung, die Vorgesetzten weit entfernt und die Schüler weit unten... man möchte meinen, dieses Lehrerbild existiert nicht mehr. Weit gefehlt!

Der Ausschuss für Kultus, Jugend und Sport im Landtag von Baden-Württemberg befasste sich, aufgrund dringender Notwendigkeit, mit dem Thema: "Gewalt gegen Lehrkräfte".

Vertreter des Landeskriminalamtes, Experten aus Medizin und Schulpsychologie, sowie Vorstandsmitglieder des Landesschülerbeirates und des Landeselternbeirates wurden als Experten gehört. Ein Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) nutzte die Veranstaltung um seine surreale Weltsicht der Ausübung von Gewalt und darauffolgenden Straftaten darzulegen.

Natürlich weiß inzwischen jeder in diesem Land, dass Gewalt in Konflikten unter anderem auch Akte von eigener Hilflosigkeit sein können. Aber "die gewalttätige Person hat zum Beispiel zu wenig Aufmerksamkeit oder zu wenig Unterstützung bekommen" ist doch etwas naiv und flach in der Argumentation.

### Misserfolge in der Schule sind jetzt "strukturelle Gewalt"?

Der Kernsatz der Rede war allerdings die Bemerkung:

"In Schulen erleben Kinder und Jugendliche auch direkte strukturelle Gewalt. Misserfolge, Nichtversetzungen oder Schulwechsel aufgrund zu schlechter Leistungen (!!!) erleben viele Schülerinnen und Schüler als Herabsetzung oder Demütigung".

Wann und wo, wenn nicht in der Schule, sollen die jungen Menschen lernen, mit unterschiedlichem Leistungsvermögen und Fähigkeit umzugehen? Wann und wo sollen die Jugendlichen lernen, eigenes Versagen nicht auf andere Dritte zu projizieren?

wird immer Erfolgreichere und weniger Erfolgreiche geben, als man selbst...

Es

Vertritt die Gewerkschaft tatsächlich viele Lehrkräfte, wenn sie meint, dass Kinder und Jugendliche, die sich als wenig erfolgreich erleben, quasi automatisch zur Gewalt neigen?

Welches Weltbild steckt in einem Vertreter der GEW, der dergleichen verbreitet? Welches Weltbild verbreitet dieser Lehrer gegenüber Schülern?

Als Lösung der zunehmenden Gewalt in der Schule werden Soziologen, Psychologen und noch mehr Beratungsgespräche gefordert.

#### **Unsere Position**

Wir sehen das anders. Grundsätzlich muss in unserer Gesellschaft wieder ein klares Respektverhältnis hergestellt werden. Der Lehrer ist nicht der Kumpel der Schüler! Von einer gleichberechtigten Beziehung kann nicht die Rede sein!

Wir fordern eine Rückkehr zu mehr Disziplin an den Schulen und eine deutliche Stärkung und Aufwertung der Lehrer. Ein "immer mehr" an Sozialarbeitergesprächen wird nicht die Lösung sein.

### **Die Regierungs-Position**

Der Gewerkschaft scheint auch entgangen zu sein, dass sich am Innenministerium eine interdisziplinäre Projektgruppe mit dem "sicheren öffentlichen Raum" befasst. Man hat also erkannt, dass mehr Polizei, mehr Aufsicht und mehr Ordnungsmaßnahmen gegen Störer in Zukunft erforderlich sein werden. Man hat erkannt, dass die Kriminalität und Gewaltausübung gerade im urbanen Bereich massiv zugenommen hat.

Die Ursache dieser Prozesse, nämlich die Umgestaltung der ehemals weitgehend homogenen deutschen Gesellschaft, durch eine unkontrollierte Massenzuwanderung von Menschen mit eigenem Kulturverständnis und mangelndem Integrationswillen, wurde natürlich nicht angesprochen. Dies versucht man in Regierungskreisen zu negieren und zu ignorieren.

### Drogenabhängige bei Schulen

Passenderweise, man müsste es Dummheit und Ignoranz gegenüber dem eigenen Volk nennen, will man in Bruchsal in der psychiatrischen Tagesklinik ab Herbst rund 200 schwer drogenabhängige Tagesgäste mit Methadon und anderen Substanzen versorgen. Die Einrichtung liegt unweit einer Schule und in einer relativ dichten Wohnbebauung. Man könnte meinen, die Gefährdung der deutschen Bevölkerung wird bewusst in Kauf genommen. Die überwiegend jungen Männer werden quer durch die Stadt vom Bahnhof zu Fuß zu diesem Zentrum gehen. Aber all dies ist für den suchtpolitischen Sprecher der Grünen im Landtag J. Frey kein wirkliches Problem, im Gegenteil.

#### Die reale Welt der Grünen

Dabei zeigen die Grünen endlich tatsächlich ihr wahres Gesicht. Neben den bekannten Einlassungen der Spitzenleute wie "Deutschland verrecke" haben wir nun die Idee des Bundesvorsitzenden erfahren dürfen. Grundbesitzer und Wohnungseigentümer sollen zu Gunsten der Zuwanderer enteignet werden. Die durch die Reform der Grundsteuer subtil geplante massive Erhöhung der Grundsteuern ist der erste Schritt.

Wir fragen: warum gibt es diese Steuer überhaupt? Es handelt sich um eine Doppelbesteuerung, denn das Eigentum wurde mit versteuertem Einkommen erworben oder gebaut. Die AfD fordert die Abschaffung von Doppelbesteuerungen!

Schon vor drei Jahren war doch jedem denkenden Menschen klar, dass eine Zuwanderung von einer halben Million Menschen nicht möglich ist. Dafür müsste jedes Jahr eine Stadt in der Größe wie Karlsruhe aus dem Boden gestampft werden. Wo ist diese Stadt gebaut worden?

### Die reale oder surreale Welt der Kulturschaffenden heute

Die Arbeit der AfD im Land und Bund für eine Rückbesinnung auf unsere Kultur und Werte ist notwendiger denn je. Wie ist es zu verstehen, dass am Badischen Staatstheater in Karlsruhe ein Generalintendant es für richtig hält Führungspositionen nur noch mit Frauen zu besetzen? Er meint dabei oder damit die amerikanische #MeToo-Bewegung zu stützen; die inzwischen schon längst verraucht ist.

Man fragt sich schon, wessen Geistes Kind in diesem so genannten Volkstheater regiert, ein Volkstheater das für über **300 Millionen Euro** saniert werden soll, auf Steuerzahlerkosten versteht sich.

Ähnliche Fragen kann sich der geneigte Besucher beim Besuch des "badischen Kunstvereins" stellen. Ein Kopfstand als Totem, eine Türkin die feministische Aktionskunst zelebriert,... Was will man damit ausdrücken? "Die Dame hat sich schon in jungen Jahren für indigene Kultur interessiert." "Sie beschäftigt sich mit den Problemen der Sexarbeit und den okkulten Traditionen Brasiliens." Wem bringt das etwas? Was haben wir davon?

### Grüne Gängelung und Repression

Zurück zu den Grünen hier in Deutschland. Trunken und begeistert vom Besuch des ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten und dessen Visionen zum Klimaschutz sind sie der Meinung, dass man durch ein Tempolimit auf Autobahnen tonnenweise CO2



sparen kann. Vergessen die Erkenntnis, dass Gase nicht in Tonnen gerechnet werden. Vergessen die Erkenntnis, das Kohlendioxid kein Gift, sondern Voraussetzung der Fotosynthese und des Pflanzenwachstums ist. Aber lernen war noch nie eine Stärke der Grünen. Schauen Sie sich die Lebensläufe an, beispielsweise den von Frau Roth.

Passenderweise zelebrieren die Grünen den Kampf gegen Autos, gegen die bürgerliche Welt und haben überhaupt kein Problem damit, Enteignungen und Wertminderung zu propagieren. Das alles für eine scheinbar bessere Welt.

Uns erinnert dies in fataler Weise an eine vergangen geglaubte Zeit. Die Zeit in der DDR, die Zeit einer allgegenwärtigen Gängelung und Repression. Kritische Geister wurden damals schon auf Linie gebracht und heute erkennen wir eine Verengung des geistigen Korridors mit der Zielsetzung des "Gutseins". Dabei weiß niemand genau was dies ist, außer der grünen Führung und dem "wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen". (Siehe Bundestagsdrucksache 17/7331 mit dem Thema "Transformation".)

### AfD für Eigenverantwortlichkeit!

Wir stärken den Bürger in seinem eigenverantwortlichen Tun und Handeln und lehnen deshalb Enteignungen und die weiteren Drangsalierungen der Bürger ab.

Wir wissen, dass ein Tempolimit auf deutschen Autobahnen am sogenannten "Weltklima" überhaupt nichts ändern wird. Reiner Populismus eben.

Wir sprechen uns in aller Deutlichkeit für freie Fahrt verantwortungsvoller selbstständiger Bürger aus. Wir lehnen den Weg in eine kontrollierte öffentliche Mobilität, in eine kontrollierte Beschränkung der Bewegungsmöglichkeiten der Menschen ab.

Machen Sie mit, besuchen sie unsere Veranstaltungen für Mut zur Wahrheit und ein besseres Deutschland!

**Dr. Rainer Balzer** kulturpolitischer Sprecher der AfD im Landtag BW

## Tausende Rehkitze retten!

Jedes Jahr, zur Ernte von Gras oder Grünroggen im Mai, sterben ca. 100.000 Rehkitze den Mähtod. Sie werden durch die Messer der Mähmaschinen schwer verletzt und getötet.

Die Rehkitze werden von ihren Müttern nach ihrer Geburt gut geschützt im hohen Gras abgelegt. Es fehlt ihnen ca. 4 Wochen der Fluchtinstinkt. Sie liegen bewegungslos dicht am Grasboden und warten auf die Rückkehr ihrer Mütter.

Um den jungen Rehkitzen dieses schreckliche Schicksal zu ersparen, werden Suchaktionen mit Hunden gestartet oder man versucht die Rehkitze mittels angebrachter akustischer Gerätschaften an den landwirtschaftlichen Mähgeräten zu verjagen.

Die effektivste Methode der Rehkitzrettung ist jedoch die Ortung der Jungtiere mit Hilfe von Flug-Drohnen. Unbemannte Flugzeuge, Hubschrauber oder Drohnen sind kleine Fluggeräte, die ähnlich wie Modellflugzeuge mit wählbaren Kameraoptionen ausgerüstet werden können. Dies bietet die Möglichkeit der Aufklärung und auch das Suchen und Finden von Tieren. So können kleine Rehkitze vor dem Mähen eines Feldes geortet und aus dem Gefahrenbereich gebracht werden. Unmittelbar nach der Been-

digung der Mäharbeiten werden die Kitze freigelassen, so dass sie kurze Zeit später wieder von Ihren Müttern abgeholt werden können.

Solche Flug-Drohnen mit Wärmebildkamera und die dazu notwendige große Zahl an Akkus, ein Akku hält nur ca. 20 Minuten, sind leider nicht billig. Mit 8.000 bis 14.000 Euro ist zu rechnen. Deshalb stellte Udo Stein einen Antrag an das Landwirtschaftsministerium, um zu erfragen, ob die Anschaffung solcher Drohnen für die Jägerschaft finanziell bezuschusst wird.

Bedauerlicherweise fand der AfD-Antrag im Ausschuss für ländlichen Raum, sowie beim zuständigen Minister Peter Hauk (CDU), nur wenig Anklang. Es wurde darauf verwiesen, dass es dem jeweiligen Jäger oder Landwirt überlassen bleiben soll, ob er zukünftig auf Suchhunde oder andere Formen der Kitzrettung setzt!

Unsere Lösung: Der Verein Rehkitzrettung e.V. Werden Sie Mitglied und helfen sie den Tieren!

Um die Landwirte, sowie die Jägerschaft beim Retten der jungen Rehkitze zu unterstützen, wurde deshalb ein Verein ins Leben gerufen, welcher sich zum Ziel setzt, Spenden zu sammeln, um mit diesen Geldern die not-



wendigen Flug-Drohnen anzuschaffen, damit die Felder vor der ersten Mahd effektiv abgesucht werden können.

Landwirte und Jäger können sich an diesen Verein zukünftig wenden, welcher die Felder mittels der Drohnen nach jungen Rehkitzen absucht und diese in Sicherheit bringt.

### **Udo Stein**

Sprecher für den Ländlichen Raum der AfD im Landtag BW



Die AfD setzt sich auch im Landtag für eine zielgerichtete Mittelstandsförderung ein. Bürokratie muss ein Nebeneinander von Konzernen, Mittelständlern und Personengesellschaften ermöglichen!

Wir setzen uns für die Überprüfung und Vereinfachung bürokratischer Regeln und eine Reform des Unternehmenssteuerrechts ein. Der Missbrauch von Leiharbeit und von Werkverträgen ist zu beenden. Leiharbeit soll reguläre Arbeitsverhältnisse ergänzen und nicht etwa ersetzen.

Die partielle Abschaffung der Meisterpflicht hat zu einer nachteiligen Entwicklung im deutschen Handwerk und in der Volkswirtschaft insgesamt geführt. Die Wiedereinführung ist daher die einzig logische Konsequenz.

Mit überlegener Technologie hat sich die baden-württembergische Auto-

und Zulieferindustrie an die Spitze des weltweiten Dieselmarktes gearbeitet. Eine Abkehr von dieser Technologie trifft nicht nur die Unternehmen und die Beschäftigten der Branche hart; sie wirkt sich auch mangels Alternativen negativ auf die Klimabilanz aus. Elektroautos mangelt es schlicht an einer marktfähigen und vor allem umweltverträglichen Akkutechnologie, sowie der notwendigen Ladeinfrastruktur. Elektromobilität ist derzeit ein hoch subventioniertes Luxusgut für Privilegierte und kein Fortbewegungsmittel für Normalverdiener. Es muss ohne ideologische Scheuklappen an der Mobilität der Zukunft geforscht und gearbeitet werden.

Wir fordern eine Diskussion über die Höhe und Sinnhaftigkeit der geltenden Grenzwerte für Stickoxidkonzentration in der Luft. Unser Ziel ist die Vermeidung von Dieselfahrverboten in Städten. Messungen der Stickoxidkonzentration müssen in Deutschland genauso repräsentativ erfolgen, wie in anderen europäischen Ländern. In deutschen Städten drohen dann auch keine europäischen Fahrverbote

Die Schaffung bezahlbaren Wohnraumangebots wurde über Jahre vernachlässigt, während sich der hausgemachte Wohnraummangel durch die ungesteuerte Zuwanderung verschärft.

Um den Bau zu fördern, setzt sich die AfD für eine Senkung der Grunderwerbsteuer ein. Auch eine deutliche Entschlackung der Landesbauordnung um ideologisch motivierte Anforderungen werden wir ungeachtet der Ignoranz der anderen Parteien weiter in den Landtag einbringen.

### Carola Wolle

wirtschaftspolitische Sprecherin der AfD im Landtag BW



## Ihr Abgeordneter aus Mannheim informiert

Sehr geehrte Besucher des Mai-marktes Mannheim, gerne möchte ich Sie einladen, auch den Landtag von Baden-Württemberg zu besuchen.

Erleben Sie Landtag pur. Sie fah- afd@ruediger-klos.de ren mit dem Reisebus nach Stuttgart, werden während der Fahrt und vor Ort betreut. In Stuttgart wird Ihnen der Landtag, die Ausschüsse und die Arbeit der Abgeordneten durch unseren Besucherdienst mit Führungen erläutert. Sie nehmen auf der Besuchertribüne Platz und könne live die Plenardebatten verfolgen. Nach dem Mittagessen und dem anschließenden Abgeordnetengespräch in den Sitzungsräumen werden Sie mit dem Reisebus wieder nach Mannheim gefahren. Selbstverständlich übernehme ich als Abgeordneter alle anfallenden Kosten für Sie.

Wenn Sie Interesse haben, können Sie mich gerne unter folgenden Kontaktdaten erreichen:

Telefonisch im Wahlkreisbüro unter der 0151 / 6849 5529 . Bitte hinterlassen Sie Ihre Kontaktdaten, der Rückruf erfolgt unverzüglich.

Sie möchten sich zum Bürgergespräch mit Ihrem Anliegen an mich wenden? Dann können Sie einen persönlichen Termin vereinbaren. Mein Büro ruft Sie zurück.

Wenn Sie per E-Mail Kontakt aufnehmen möchten:

Möchten Sie sich über meine Arbeit informieren, dann steht Ihnen meine Homepage zur Verfügung:

### www.ruediger-klos.de

Seit meiner Wahl in den Landtag bin ich für die Bürger von Baden-Württemberg u.a. in folgenden Gremien

- Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
- · Ausschuss für Soziales und Integra-
- Ausschuss für Finanzen
- Ausschuss für Petitionen
- Ständiger Ausschuss
- Präsidium
- G10-Kommission
- Oberrheinrat
- Rechtspolitischer Sprecher

In Mannheim habe ich die AfD und meine Wähler bei über 150 Veranstaltungen vertreten und mich bisher für Sie bei weit über 400 Sitzungen eingebracht.



Einer der wichtigsten Erfolge der AfD war die Einbringung des von mir initiierten Gesetzesentwurfs gegen Vetterleswirtschaft, Filz und Korruption bei Abgeordneten. Hier waren die Zustände in Bayern warnendes Beispiel. Stich-

wort: Verwandtenaffäre im Landtag

Der AfD-Gesetzentwurf sollte folgende Missstände beseitigen: Nicht nur Familienangehörige, sondern alle Verwandten, Verschwägerten und Verpartnerten dürfen nicht mehr bei Abgeordneten oder Fraktionen angestellt werden. Auch die sogenannte .Wilde Ehe' sollte einbezogen werden. Weiterhin wollten wir sogenannte

Überkreuz-Beschäftigung bei Abge-

ordneten verbieten, das heißt, dass Angehörige des Abgeordneten A nicht mehr beim Abgeordneten B beschäftigt werden dürfen und umgekehrt.

Das Verbot der Beschäftigung sollte auch bei einer unmittelbaren und wirtschaftlichen Verbindung greifen, denn wirtschaftliche Abhängigkeiten mit Verwandten mijssen ebenfalls unterbunden werden.

Ich werde weiterhin für die Ideale der AfD im Landtag stehen und kämpfen,

### **Rüdiger Klos**

Abgeordneter der AfD im Landtag BW Direktmandat Wahlkreis Mannheim I



Informieren Sie sich über unsere Arbeit.



www.afd-fraktion-bw.de



Für ein Land, in dem nicht nur Regierungsmitglieder gut und gerne leben...

### **Impressum**

AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg Fraktionsvorsitzender Bernd Gögel Konrad-Adenauer-Straße 3 70173 Stuttgart

Telefon: +49 711 20 63 56 29 E-Mail: post@afd.landtag-bw.de

Verantwortlich für den Inhalt sind die jeweiligen Abgeordneten. Konzept: Dr. Rainer Podeswa und Dr. Rainer Balzer